

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 21. SITZUNG DES KREISTAGES DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 25.03.2019
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Karl-Werner Jüngst Niederneisen
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker Winden
Herr Klaus Brand Ehr
Herr Karl Peter Bruch Nastätten
Herr Jörg Denninghoff Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Herr Raimund Friesenhahn Dahlheim
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Harald Gemmer Katzenelnbogen
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Heinz Keul Fachbach
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen
Herr Hans-Josef Kring Lykershausen
Herr Peter Labonte Lahnstein
Herr Matthias Lammert Diez
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Johannes Lauer Lahnstein
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen
Herr Hans-Wilhelm Lippert Scheidt
Herr Dennis Maxeiner Dahlheim
Herr Dietmar Meffert Diez

Frau Ursula Ohl	Altendiez
Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzeneinbogen
Frau Eva Schmidt	Singhofen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen
Frau Rita Wolf	Braubach

D. Es fehlen:

Herr Matthias Boller	Lahnstein
Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Ernst-Georg Peiter	Miehlen
Herr Joseph Winkler	Bad Ems

E. Von der Verwaltung:

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker
Herr stellv. Büroleiter Thorsten Butzke
Frau Geschäftsbereichsleiterin Andrea Kleinmann
Frau stellv. Abteilungsleiterin Sabine Adam
Frau Abteilungsleiterin Beate Mies
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr stellv. Abteilungsleiter Alexander Neeb
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius
Herr kaufm. Werkleiter Thomas Fischbach
Herr techn. Werkleiter Günther Müller
Herr Kreisentwickler Benjamin Braun
Herr Jürgen Elbert
Herr Horst Klöckner
Frau Katharina Keller
Frau Ricarda Meudt
Herr Uwe Rindsfüßer; Pressereferent
Herr Markus Lewentz, Personalratsvorsitzender

F. Schriftführer:

Herr Timm Jörnhs

G. Gäste:

Frau Kring, Rhein-Zeitung
Herr Bokelmann, Dornbach GmbH
Herr Geißel, Jobcenter Rhein-Lahn
Frau Wörsdorfer, Jobcenter Rhein-Lahn
Herr Rudersdorf, Rudersdorf Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistages um 17:00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 13.13.2019 vorgelegten Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben bzw. keine Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;
Verwendung von Rücklagen zur Abdeckung entstehender nicht ausgabewirksamer Jahresverluste
3. Vorstellung Jobcenter Rhein-Lahn
4. Kreisimmobilien;
Multifunktionshalle Goethe-Gymnasium Bad Ems
5. Änderung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises zur Erhebung einer Jagdsteuer
6. Mittelrheinbrücke;
Resolution und Sachstandsbericht
7. Breitband- und Mobilfunkversorgung;
Öffentlich-rechtlicher Vertrag
8. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder
9. Einwohnerfragestunde
10. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

I. Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 20. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode vom 10.12.2018 werden keine Änderungswünsche vorgetragen und keine Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Eigenbetrieb des Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft;

Verwendung von Rücklagen zur Abdeckung entstehender nicht ausgabewirksamer Jahresverluste

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug zur Sitzungsvorlage und begrüßt Herrn Bokelmann von der Dornbach GmbH und bittet diesen um nähere Ausführungen.

Herr **Bokelmann** führt aus, dass bei der erstmaligen Berücksichtigung der neuen rechtlichen Vorgaben nach BilMoG (Bilanzmodernisierungskonzept) im Jahre 2010 der Rücklage durch die Einführung von BilMoG einmalig ein Betrag in Höhe von 7.191.036,33 Euro zugeführt wurde. Dieser Betrag soll nunmehr zur Abdeckung der künftig erwarteten Jahresverluste, die durch den Aufzinsungsaufwand nach BilMoG entstehen, genutzt werden.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, sich dem Empfehlungsbeschluss des Werkausschusses vom 11. Februar 2019 anzuschließen.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig, dass bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse ab dem Wirtschaftsjahr 2019 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft, der sich als Aufzinsungsbetrag nach BilMoG negativ auf das Jahresergebnis auswirkende Aufwand durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage abgedeckt wird. Der allgemeinen Rücklage ist dabei der Betrag zu entnehmen, der dem tatsächlich ermittelten Aufzinsungsaufwand entspricht, wobei insgesamt ein aufgrund von BilMoG der allgemeinen Rücklage zugeführter Betrag von 7.191.036,33 Euro zur Verfügung steht.

Zum Ausgleich des voraussichtlichen Jahresverlustes des Wirtschaftsjahres 2019 ist dabei allerdings zunächst der vorhandene Gewinnvortrag aus Vorjahren zu verwenden und nur der dann noch gegebenenfalls verbleibende Jahresverlust ist durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage abzudecken.

Punkt 3:

Vorstellung Jobcenter Rhein-Lahn

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn Geißel und Frau Wörsdorfer vom Jobcenter Rhein-Lahn und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Frau Becker, die in Ihrer Funktion als

Vorsitzende des Jobcenterbeirats eine Vorstellung dessen Arbeit im Kreistag angeregt hatte.

In der Folge berichten Herr **Geißel** und Frau **Wörsdorfer** ausführlich und anschaulich über die Geschichte, die Aufgaben und Ziele des Jobcenters sowie die Beschäftigtenentwicklung im Kreis (Anlage).

Frau **Becker** ergänzt, dass Sie die Arbeit des Jobcenters im Rahmen der zweimal jährlich stattfindenden Beiratssitzungen begleitet und lobt ausdrücklich die gute Entwicklung in den letzten Jahren.

Auch die übrigen Kreistagsmitglieder sind sich einig, dass das Jobcenter gute Arbeit leistet und wichtig für die Vernetzung der gesamten Region ist.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 4:

Kreisimmobilien;

Multifunktionshalle Goethe-Gymnasium Bad Ems

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug zur letzten Kreisausschusssitzung und der Änderung im Schenkungsvertrag, die allen Kreistagsmitgliedern vorliegt. Ohne Aussprache stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen mehrheitlich bei einer Stimmenthaltung, den Schenkungsvertrag anzunehmen und beauftragen die Verwaltung, die weiteren Schritte zur Realisierung des Projektes vorbehaltlich der Genehmigung durch die ADD vorzunehmen.

Punkt 5:

Änderung der Satzung des Rhein-Lahn-Kreises zur Erhebung einer Jagdsteuer

Der **Vorsitzende** führt aus, Satzungsänderungen obliegen dem Kreistag und der Kreisausschuss habe bereits einen Empfehlungsbeschluss gefasst.

Herr **Gemmer** erklärt, er sei in Vorbereitung der Veranstaltung „Wald im Dialog“ auf enorme Verluste der Gemeinden beim Verkauf des Fichtenholzes aufmerksam geworden. Dazu kommen noch die ebenfalls hohen Kosten für Wiederaufforstungen. Da der Kreis von den Gemeinden Umlagen erhebt, kann er der Satzungsänderung nicht zustimmen.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen mehrheitlich bei drei Gegenstimmen und sechs Stimmenthaltungen die Änderung und Neufassung der „Satzung des Rhein-Lahn-Kreises zur Erhebung einer Jagdsteuer“ in der der Sitzungsvorlage vom 11. März 2019 vorgelegten Fassung.

Punkt 6:

Mittelrheinbrücke;

Resolution und Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die vorbereitenden Maßnahmen für das Raumordnungsverfahren für eine feste Rheinquerung laufen. Die Kosten dafür übernimmt das Land Rheinland-Pfalz. Es gilt, das Raumordnungsverfahren zügig durchzuführen, um möglichst bald in die Planung einsteigen zu können. Die notwendige Verkehrsuntersuchung wurde vom Land in Auftrag gegeben.

Herr **Weiland** bekräftigt in der Folge die vorliegende Resolution. Er betont, dass die Menschen rechts und links des Rheins noch nie so nah an der Realisierung der seit Jahrzehnten geplanten Mittelrheinbrücke waren und man nun Flagge zeigen und auf dem geplanten Standort St. Goarshausen-Wellmich beharren sollte.

Herr **Lammert**, Herr **Hartmann** und Frau **Becker** sprechen sich ebenso ohne Wenn und Aber für eine Mittelrheinbrücke und diesen Standort aus.

Frau **Wahlers** teilt die ablehnende Haltung ihrer Fraktion gegenüber der Brücke mit.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen mehrheitlich bei drei Gegenstimmen folgende Resolution:

1. Der Kreistag steht zum seit dem Jahr 2003 kreisübergreifend verfolgten Verfahren und allen voran zum Parteiübergreifend festgelegten Brückenstandort in St. Goar-Fellen/St. Goarshausen-Wellmich.
2. Eine räumliche Erweiterung des Raumordnungsverfahrens lehnt der Kreistag als nicht sachdienlich entschieden ab. Dies würde das ohnehin sehr langwierige Verfahren völlig unnötig weitere Jahre hinauszögern und auch mehr Geld kosten.
3. Die Menschen und Unternehmen im Einzugsgebiet des Rhein-Lahn-Kreises brauchen zur positiven Weiterentwicklung des Tales und der Region die feste Rheinquerung und zwar genau an dieser Stelle und so schnell wie möglich.
4. Der Kreistag lädt alle politischen Kräfte und Bürgerinitiativen rechts und links des Rheins, die die Brücke tatsächlich wollen und dazu stehen, ein, gemeinsame Sache zu machen und einer weiteren Verzögerung der Planungen entschieden Einhalt zu gebieten.

Punkt 7:

Breitband- und Mobilfunkversorgung;

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass der Abschluss des aktuellen Breitbandpilotprojektes mit Glasfaserleitungen bis zu den Kabelverzweigern auf der Zielgeraden ist. Für die interkommunale Kooperation ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung notwendig, die die Lenkungsgruppe in ihrer letzten Sitzung empfohlen hat. In dieser streben der Kreis und die Kommunen eine flächendeckend verfügbare, zukunftsfähige NGA-Breitband- und Mobil-

funkversorgung im gesamten Kreisgebiet an. Er betont die Notwendigkeit eines kooperativen Vorgehens der Vertragsparteien. Im ersten Schritt steht die Anbindung aller Schulen mit Glasfaser an.

Die Mitglieder des Kreistages stimmen dem öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Kooperation zum weiteren Ausbau der flächendeckenden hochleistungsfähigen Breitband- und Mobilfunkversorgung im Rhein-Lahn-Kreis einstimmig zu.

Punkt 8:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder

a) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Alternativtrasse für das Mittelrheintal“

Der **Vorsitzende** erläutert den vorliegenden Resolutionsantrag.

Die Kreistagsmitglieder sind sich ausnahmslos einig, dass ein Zeichen gegen den Bahnlärm und für eine Alternativtrasse für den Güterverkehr im Mittelrheintal gesetzt werden muss.

Die Mitglieder des Kreistages beschließen einstimmig folgenden Resolutionsantrag:

Der Kreistag begrüßt und unterstützt die gemeinsame parlamentarische Initiative vom 21. Februar 2019 von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im rheinland-pfälzischen Landtag zum Bau einer Alternativstrecke.

Er stellt fest und fordert: Einschätzungen, wonach die Notwendigkeit einer Alternativstrecke noch nicht gegeben ist, widersprechen der Lebenswirklichkeit im Mittelrheintal fundamental. Die Alternativtrasse ist und bleibt zwingend. Er gibt zur Alternativtrasse keine Alternative.

Die Machbarkeitsstudie muss unverzüglich auf den Weg gebracht werden. Alle für die Realisierung der Alternativtrasse notwendigen gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen müssen ausgeschöpft und wenn erforderlich unverzüglich geschaffen werden.

Parallel soll als Sofortmaßnahme ein umgehendes Nachtfahrverbot und höhere Trassenpreise für noch nicht umgerüstete Güterzüge sowie für alle bereits umgerüsteten Güterwagons eine Reduzierung der Geschwindigkeit innerhalb der Ortschaften erfolgen.

b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „DigitalPakt für die Schulen“

Herr **Rudersdorf** führt zum Thema Umsetzung des DigitalPakt Schule an, dass Schulen auf schnelles Internet zurückgreifen und über moderne Medien verfügen müssen. Förderfähig sind insbesondere die breitbandige Verkabelung der Schulen, die W-LAN Ausleuchtung sowie stationäre Endgeräte wie zum Beispiel interaktive Tafeln. Ein entsprechender Förderantrag ist in Vorbereitung.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung der Mittel aus dem DigitalPakt für die Schulen in Trägerschaft des Rhein-Lahn-Kreises zu erarbeiten und sich

für eine schnelle Verteilung der Mittel vom Land auf den Landkreis einzusetzen.

c) Antrag der FWG-Kreistagsfraktion „Anpassung des Kreientwicklungskonzeptes“

Der **Vorsitzende** erklärt, nach dem vorliegenden Antrag soll das bestehende Konzept nach dem Modell des Eifelkreises als integriertes Kreientwicklungskonzept ausgebaut werden. Dies hat den Vorteil, dass alle Kommunen, ob Ortsgemeinde, Verbandsgemeinde oder Kreis, in die Entwicklung eingebunden werden.

Die Mitglieder des Kreistages beauftragen die Verwaltung einstimmig, einen Vorschlag zum Ausbau des aktuellen Kreientwicklungskonzeptes in Richtung eines integrierten Kreientwicklungskonzeptes den Kreisgremien zur Beratung vorzulegen.

Punkt 9: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende** trägt vor, dass von den Herren Dominik Hölzer und Werner Rechtenwald folgende Fragen zum Thema geplanter Schweinemastbetrieb in Diez im Rahmen der Einwohnerfragestunde schriftlich gestellt wurden:

- Wie ist der aktuelle Sachstand der Fachbehörden zur Beurteilung/Einschätzung des geplanten Schweinemastbetriebes in Diez/Birlenbach?
- Welche Bedeutung haben die 2.831 Unterschriften der Petition gegen den geplanten Schweinemastbetrieb für die Kreisverwaltung und deren Fachausschüsse?
- Welche Erfahrungen für ähnliche Anlagen liegen der Kreisverwaltung bezüglich der Genehmigung bzw. der Einwendungen vor?
- Sind ähnliche Anlagen bekannt, die hinterher vergrößert wurden?

Er führt aus, dass die Verbandsgemeindeverwaltung Diez als zuständige untere Bauaufsichtsbehörde die Aufgabe hat, den Bauantrag zu prüfen. Die Kreisverwaltung ist insofern keine Genehmigungsbehörde. Die angeforderten fachbehördlichen Stellungnahmen (Untere Wasserbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Veterinärabteilung, Abteilung Gesundheitswesen Siedlungshygiene) wurden an die Verbandsgemeindeverwaltung Diez übermittelt. Die Stellungnahme der Brandschutzdienststelle ist in Prüfung.

Bei der Abgabe einer Stellungnahme sind nur fachliche Aspekte maßgebend, die Petition ist bei der Verbandsgemeindeverwaltung Diez zu bewerten. Erfahrungen für ähnliche Anlagen liegen der Kreisverwaltung keine vor.

Die Fragesteller erhalten eine schriftliche Beantwortung der Fragen.

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 21. Sitzung des Kreistages in der 10. Wahlperiode um 19:10 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.
(Frank Puchtler)
Landrat

Der Schriftführer:

gez.
(Timm Jörnhs)